



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/259 - 12. November 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886090

Hinweise
auf den Inhalt:

Bundesrepublik im westlichen Atom-Pool?	S. 1
Unsere Auslandsreportage - Mexiko am Scheideweg	S. 3
MdB. Prof. Bechert: Die Wissenden müssen handeln!	S. 6
Zweierteil Wasser ins Haus	S. 7

In ernster Stunde

G.M. - In Kürze dürfte die Bundesrepublik vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie sich auf den westeuropäischen atomaren Rüstungspool gleichschalten lassen soll oder nicht. Die Pariser Dezentratung der atlantischen Verbündeten soll bereits erste Entscheidungen in dieser Frage bringen.

Damit werden wir hier in Westdeutschland zwangsläufig die zweite Stufe der öffentlichen Diskussion um Sinn und Zweck der westdeutschen Aufrüstung erleben, die diesmal unter dem Eindruck der gewaltigen Rüstungs- und Verteidigungsanstrengungen in Ost und West stehen dürfte. Auch jetzt wieder gehen die Diskussionen von der Annahme aus, die Sowjetunion beabsichtige, den Westen anzugreifen. Alle Schlussfolgerungen, die sich aus dieser Annahme ergeben, sind zwangsläufig militärischer Natur und führen zu einer Ausschaltung politischer Überlegungen, ob es nicht auch einen anderen Weg zur Lösung der Probleme zwischen Ost und West als den des Rüstungswettlaufes gibt. Fragen z.B., wie sie noch während der letzten General-Aussenministerkonferenz im Spätherbst 1955 und dann wieder im Frühjahr 1957 diskutiert wurden - extramilitärische Zone oder atomfreier Raum in Europa - treten jetzt in den Hintergrund und werden gelegentlich sogar als "überholte Illusionen" bezeichnet.

Die Bundesregierung scheint bereit zu sein, der Aufrüstung unserer Bundeswehr mit Raketen und der Lagerung von atomaren Sprengsätzen das Wort zu reden. Sie ist, wenn sie es tut, in ihrer Weise konsequent, denn ihre Politik beruht seit eh und je auf der Grundlage der sogenannten militärischen Stärke, die nach ihrer Auffassung auch die poli-

12. November 1957

ische Stärke zur Folge haben soll. Selbstverständlich versucht die Regierung gerade in der jetzigen Situation, Bundesgenossen für ihre Politik zu gewinnen, da sie sich wohl bewusst ist, welche grosse Verantwortung sie bei einem Ja zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr übernimmt. Wenn wir recht informiert sind, gibt es aber auch Kräfte im Regierungslager, die nicht bereit sind, den von führenden Mitgliedern der Regierung für unumgänglich gehaltenen Schritt mit zu tun. Dieser Schritt müsste nämlich - das liegt in der Natur der Sache - das Eingeständnis des Verzichts auf eine aktive Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Überwindung der Spaltung Europas folgen. Der Schritt zur Gleichschaltung der Bundesrepublik auf der westeuropäischen atomaren Rüstungspool müsste auch begleitet sein von dem öffentlichen Eingeständnis, dass im Falle eines Konfliktes zwischen Ost und West die Bevölkerung Deutschlands diesseits und jenseits der Zonen-grenze einer atomaren Vernichtungswelle hoffnungslos ausgesetzt ist.

Natürlich schrecken viele Deutsche vor den militärischen, finanziellen aber auch den politischen Konsequenzen der atomaren Aufrüstung zurück. Die Frage, ob es nicht doch möglich wäre, in dieser so ernsten Situation das Gespräch über das Verhältnis zwischen Ost und West wieder auf einer politischen Ebene zu führen, - bevor man mit nur militärischen Mitteln operiert - drängt sich zwangsläufig auf. Erich Ollenhauer hat in der letzten Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung die Regierung aufgefordert, sie solle nichts unversucht lassen, um das Zustandekommen einer neuen Konferenz auf höchster Ebene zu fördern.

Auch die Frage, ob für die Sicherheit des deutschen Volkes mit Hilfe einer gut organisierten Heimatverteidigung und die Vorbereitung auf zivile Schutzmassnahmen "im Falle X" nicht nehr geleistet werden kann, als durch die Beteiligung am atomaren Rüstungswettlauf, steht zur Debatte. Bis jetzt hat die Bundesregierung zwar Milliarden für die westdeutsche Aufrüstung eingesetzt, aber nur sehr wenig für den Schutz der Zivilbevölkerung getan. Die hierfür bewilligten Mittel gleichen dem berühmten Tropfen auf den heissen Stein.

Es wäre sehr gut, wenn die Regierung nicht nur die Opposition, sondern auch die gesamte deutsche Öffentlichkeit über ihre wirklichen Absichten in diesen ernsten Stunden unterrichten würde. Das deutsche Volk hat einen Anspruch darauf zu wissen, welche Folgen sich für uns aus Entscheidungen ergeben, die vielleicht schon Mitte Dezember in Paris auf der NATO-Tagung gefällt werden.

Mexiko am Scheideweg

Von unserem mittelamerikanischen Korrespondenten
Max Diamant

Fast fünfzig Jahre nach dem Abbruch der mexikanischen Revolution - die 1910 unter der Führung des liberalen Gutesbesitzersohnes Francisco Madero begann und in ihrer ersten Etappe in einigen wenigen Monaten zum Sturz des greisen Diktators Diaz und zu seiner Verbannung nach einer etwa dreissigjährigen Herrschaft führte - steht das Land in allen entscheidenden Fragen seiner weiteren sozialökonomischen Entwicklung vor einem grossen Scheideweg.

Nominell ist die mexikanische Revolution noch im Gange. Und dies nicht nur, weil ähnlich wie unter der grossen französischen Revolution und heute in Russland, jedes weitere Jahr ausser mit seiner Kalenderzahl auch als entsprechendes Jahr der Revolution figuriert, nicht nur weil die Staatsführung sich als die "zur Regierung gewordene Revolution" bezeichnet, und die offizielle Partei sich "Partido Revolucionario Institucional" nennt. Tatsächlich war die erste Weghälfte der mexikanischen Revolution erfüllt von bewegten und blutigen Kämpfen, die etwa anderhalb Millionen Mexikanern das Leben kostete, was besagt, dass etwa ein Zehntel des damaligen Volksbestandes im Feuer der Revolution umgekommen ist. Seit 1934, seit der Präsidentschaft des Generals Lázaro Cardenas, beginnt die grosse konstruktive Etappe der mexikanischen Revolution und ihre weiteren Meilensteine sind dann - die wirkliche Durchführung der Agrarreform in Form der Zuteilung von Land an die armen Bauern, die schicksalsschwere Nationalisierung der Petroleumindustrie, die Inangriffnahme sozialer Leistungen durch den Staat, die systematische Industrialisierung des Landes.

Worum es geht

Im Grunde geht es darum, auf welchen Weg in kommenden historischen Abschnitt die mexikanische Revolution ihren Abschluss erreichen soll. In der äusseren Erscheinungsform fällt die Debatte über den weiteren Weg Mexikos zusammen mit der Diskussion des Regierungsprogramms für einen künftigen neuen Staatspräsidenten. Die rasche Industrialisierung des Landes in den letzten Jahren beginnt neuerdings gewisse Symptome einer relativen Sättigung zu zeitigen, nachdem die Erweiterung des inneren Marktes mit dem Anstieg der Produktionskapazität in seiner Weise Schritt hält. Die Industrialisierung beginnt an die sozialen Schranken der heutigen Produktionsweise zu stossen: Eine weitere

Die Entwicklung der Produktivität hat geradezu zur Voraussetzung, dass vor nun an die Konsumfähigkeit der arbeitenden städtischen Bevölkerung und die Produktivität in der Landwirtschaft, die unmittelbar die Kaufkraft der ländlichen Massen bewirkt, stark gehoben wird. Die Einreihung von Hunderttausenden verarmten Landbewohnern hat auch ihre sozialen und volkswirtschaftlichen Schattenseiten; in diesem Zusammenhang ist es entscheidend, dass der Reallohn des einzelnen Arbeiters und die Konsumkraft aller Lohn- und Gehaltsempfänger durch einen anhaltenden inflationistischen Druck einem dauernden Schwund ausgesetzt sind. Die Beseitigung der Disproportion zwischen dem sprunghaften Wachsen der industriellen Produktion und der städtischen Industriezentren und dem relativen Rückstand in der Landwirtschaft und auf dem Dorfe auf der einen Seite und des Widerspruchs andererseits zwischen der wachsenden Produktivität der Arbeit und dem Abgleiten der Löhne in der Industrie selbst, wird so zur Vorbedingung dafür, dass die Industrialisierung in Mexiko den Volksmassen soziale Resultate bringt und nicht zu einem grossen Fetisch wird.

Mexiko will sich nicht einseitig binden

Eine Kursnahme auf eine grosszügige Erschliessung des inneren Marktes muss aber vorerst das Problem der Kapitalknappheit noch weiter verschärfen. In einem höheren Masse noch wie in den anderen Ländern Lateinamerikas besteht in Mexiko der Zwang, ausländisches Investitionskapital heranzuziehen. Aus tiefbegründeten nationalen Ressentiments, aber auch aus Sorge um die künftige Sicherheit und Unabhängigkeit sperrt sich Mexiko dagegen, seine Wirtschaftsbeziehungen und Kapitalverpflichtungen noch weiter einseitig auf die Vereinigten Staaten zu orientieren. Tatsächlich besteht ein innerer Zusammenhang zwischen der Aufgabe, die verschiedenen Wirtschaftszweige des Landes gleichzeitig zu entfalten, der Bestreben, die Aussenhandels-Beziehungen zu verzweigen und den Bemühungen, ausreichendes ausländisches Anlagekapital nach Möglichkeit nicht aus einer Quelle, sondern aus verschiedenen leistungsfähigen Ländern zu beschaffen.

Obwohl kein Aussenhandelsmonopol der Regierung besteht, geht Mexiko in der letzten Zeit immer mehr dazu über, ein System von zentral abgeschlossenen Verträgen der Warenverrechnung auszubauen. Mag auch der Anlass zu dieser Aussenhandelspraxis per Warenverrechnung anfangs und in erster Linie die Devisenknappheit ergeben haben, so entwickelt sich daraus in Weiterem wahrscheinlich eine konkrete Lenkung des Aussenhandels selbst. Damit wächst die führende Rolle des mexikanischen Staa-

tes beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes in bedeutender Masse. Ohnehin ist der mexikanische Staat in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem erstklassigen Faktor der Ökonomie und der Wirtschaftsführung herangewachsen. Über seine Finanzierungsinstitute und über das Staatsbudget ist der Staat oft anstelle des risikoscheuen Privatkapitals, aber auch gemeinsam mit ihm, am Aufbau und der Führung grosser Wirtschaftsobjekte beteiligt. In der jungen mexikanischen Wirtschaft herrscht allgemein eine gewisse monopolistische Entwicklungstendenz vor, die sowohl durch das naheliegende nordamerikanische Vorbild Nahrung findet, hauptsächlich aber doch dem objektiven Entwicklungszug einer modernen Wirtschaft entspricht. Unter den besonderen Bedingungen Mexikos entsteht aber damit die Frage nach der weiteren Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Das ist zugleich die Frage nach dem konkreten Gehalt der monopolistischen Entwicklungstendenzen, die sowohl in Richtung einer monopolkapitalistischen, wie einer staatskapitalistischen Entwicklung führen können.

Eine Gesellschaft im Werden

Mexiko ist nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung eine Gesellschaft im Werden. Das Eigenartige an der mexikanischen gesellschaftlichen Realität ist ihr kaleidoskopartiger Farbenreichtum und ihre grosse Widersprüchlichkeit. In diesem vorwärtsstrebenden Nachbarlande der hochkapitalistischen Vereinigten Staaten existieren nebeneinander selbst heute längst überholte gesellschaftliche Formationen, die teilweise noch in die vorhistorische Zeit der Mayas, der Azteken und anderer indianischer Stämme zurückreichen. Die ehemaligen Kreolen die im Lande verwurzelten Söhne und Nachkommen der spanischen Eroberer, die in der weiteren Entwicklung besonders unter den Auswirkungen der grossen französischen Revolution die ersten Führer im Kampf um die nationale Unabhängigkeit waren, sind auch heute noch in der Gestalt der Reste der alten feudalen und konservativen Führungsschicht in der Gesellschaft anzutreffen. Zu einem grossen Teil identifiziert sich diese alte Bourgeoisie mit den politischen Aspirationen und dem Führungsanspruch der katholischen Kirche. Seit dem Ausbruch des revolutionären Prozesses von 1910, der eindeutig einen antifeudalen und agrarrevolutionären Charakter hatte, liegt die gesellschaftliche Führung in den Händen der Metzern, der Söhne und Nachkommen der spanisch-indianischen Mischehen, die den tragenden Teil der mexikanischen Nation ausmachen. Die ehemaligen Sklavenverwalter und späteren Kaziken haben ihrerseits einen gesellschaftlichen Wandel durchgemacht und sind heute teilweise als Dorfräte, als Bauern-Anführer oder als lokale politische Grössen wieder in der gesellschaftlichen Arena vertreten. Das neue mexikanische Bürgertum ist ein werdendes soziales Gebilde aus alten und neuen Führungselementen, die einer der schärfsten linksbürgerlichen Kritiker als die neue Obligarchie aus dem Amalgam von Politikern und moderner Bourgeoisie definiert hat. Die junge mexikanische Arbeiterbewegung trägt noch viele Schlacken aus ihrer Entstehungs- und Wachstumszeit, in der sie sich fast immer im Bündnis und in der Gnadensonne der militärischen und politischen Führer der nationalrevolutionären Bewegung entwickelte. Doch auch im proletarischen Sektor der mexikanischen Gesellschaft werfen die Auswirkungen des Industrialisierungsprozesses neue Perspektiven auf.

(wird fortgesetzt)

+ + +

Die Wissenden müssen handeln!

Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB

Prof. Dr. Karl Bechert stellt uns seine Schlüsselaussagen aus seiner Rede auf dem Stuttgarter Vitalstoff- und Ernährungskongress zur Verfügung:

"Die Wissenden sind mitverantwortlich dafür, daß die Gefahren richtig gewertet werden und daß entsprechend auf der Erde gehandelt wird. Es muß immer wieder gesagt werden: Es ist an der Zeit, daß die Wissenden reden, und die Vertreter der sittlichen Mächte, die Kirchen, müssen sich dem anschließen. Sie alle müssen der Menschheit immer und immer wieder sagen, daß Atomwaffenversuche und Atomrüstung ein Ende haben müssen. Die Wissenden können aber mehr tun, als zu den Menschen von den Gefahren zu sprechen.

Auf der Londoner Abrüstungskonferenz ist deutlich geworden, daß man sich bemüht, eine Einigung zu finden in der Weise, daß das Handeln auf dem Gebiet der Atomrüstung unter Kontrolle gestellt wird. Die Physiker und Techniker sind die einzigen, die wirklich Vorschläge dazu machen können, wie solche Kontrolle beschaffen sein muß, wenn sie wirksam sein soll. Die großen wissenschaftlichen Gesellschaften müßten eine internationale Konferenz nach Art der Genfer Atomkonferenz einberufen, auf der von Wissenschaftlern beider Seiten gemeinsame Vorschläge für die Überwachung der Atomrüstung, der Einstellung von Atomwaffenversuchen und der Atomrüstung ausgearbeitet werden. Eine ähnliche Aufgabe bietet sich den Erbforschern der Erde. Eine gemeinsame Erklärung aller wissenschaftlichen Gesellschaften, welche der Erbforschung dienen, mit der wissenschaftlich begründeten Forderung, daß die Atomwaffenversuche sofort einzustellen sind, weil nach heutiger Kenntnis nicht ausgeschlossen werden kann, daß diese Atomwaffenversuche das Erbgut der Menschheit in entscheidender Weise auf lange Zeit schädigen. Eine solche Erklärung wäre ein Bekenntnis zur Verantwortlichkeit der Wissenschaft und sie würde Eindruck machen bei allen Völkern der Erde. Und alle großen wissenschaftlichen Gesellschaften der Erde sollten sich verständigen darüber, in einem gemeinsamen Aufruf alle Wissenschaftler aufzufordern, daß jeder einzelne sich schriftlich erkläre, daß er in Zukunft sich weigern werde, an der kriegerischen und allgemein der mißbräuchlichen Verwendung der Wissenschaft sich zu beteiligen.

So könnte die Zahl derer, die sich an solchen Mißbrauch beteiligen, schnell und wirksam auf eine immer geringer werdende Zahl eingeschränkt werden. Ein solcher Aufruf würde eine gewaltige Wirkung auf die Menschheit haben. Es ist an der Zeit, daß die Wissenden handeln!"

+ + +

Balken im Wasser

K.J. Atomminister Balke untersteht jetzt auch die Wasserwirtschaft, nachdem Sonderminister Kraft das Wasser abgegraben wurde und sein Sonderministerium verdorrte. Anlaß genug für den "neuen Besen", gut und gründlich auszukehren.

Da ist Balkes Vorschlag: die Haushaltungen in der Bundesrepublik sollten eine zweite Wasserleitung bekommen, eine für "Brauchwasser". Man hat errechnet, daß nur zehn Prozent des Haushaltswassers zum Trinken, 90 Prozent dagegen zum Baden, Geschirrspülen, Schrubben und so verwendet werden. Wasser ist heute Mangelware. Minister Balke kämpft um des chemisch reine Wasser wie die Amerikaner um die sauberen Wasserstoffbomben. Eine an sich gute Sache, aber wie stellt er sich's vor? Daß die Haushaltungen zu 90 Prozent mit biologisch reinem Nutzwasser auskommen, das nicht den "höchsten Reinheitsgrad" hat, glauben wir gern. Die Hausfrauen wären glücklich, kämen sie täglich zu ein paar Tröpfchen guten Trinkwassers, das nicht nach Chlor schmeckt.

Schreckliche Vorstellung: Ganze Heere von Tiefbauarbeitern und Installateuren müßten in Gang gesetzt werden, um das zweite Rohr von neuanschaffenden Filtrierwerk bis in die Wohnung zu legen. Wieviel Millionen Haushalte haben wir denn? Und wer soll das alles bezahlen? Gar nicht zu reden von den möglichen Mißbräuchen! Wer will Frau Müller zur Rechenschaft ziehen, wenn sie ihre Wäsche mit dem guten Trinkwasser wäscht und nicht mit "Brauchwasser"? Vielleicht müßte man überall dort, wo heute eine Wasseruhr steht, eine zweite aufstellen.

Wir loben den Atom- und Wasserminister Balke für seine gutgemeinten Vorschläge - wie er sich das mit der zweiten Wasserleitung vorstellt, muß er uns aber noch genauer sagen.

+ + +

Wie die Zeit vergeht - - -

1955

"Sie haben davon gesprochen, daß in Deutschland von der "Politik der Stärke" geredet werde. Ich glaube, daß da ein großes Mißverständnis vorliegt. Kein Mensch in Deutschland bildet sich ein, etwa mit der Sowjet-Union aus der Position der Stärke heraus verhandeln zu können."

(Bundeskanzler Dr. Adenauer am
10.9.1955 in Moskau)

1957

"Ich hoffe, daß bei dieser Entwicklung, bei diesen Vorgängen, die Verpönung des Wortes von der Stärke des Westens, zu der wir auch beitragen müssen, endlich verstummt..."

Ich verstehe darunter eine Politik ... der Wachsamkeit und des Vertrauens zur eigenen Stärke ...

Die westliche Welt ist stark genug ..."

(Bundeskanzler Dr. Adenauer am 30.10.57
in seiner Regierungserklärung)

Verantwortlich: Günther Markschaffel